

Antrag

der Abgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Diether Dehm, Andrej Hunko, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Für ein öffentliches sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm in Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union (EU) befindet sich – wirtschaftlich und sozial – sieben Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in einer sehr schwierigen Situation. In den meisten Ländern verläuft die wirtschaftliche Erholung allenfalls schleppend, die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen, bleibt in vielen Ländern sehr hoch, ebenso wie die Quoten der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen. In ihrer Frühjahrsprognose rechnet die EU-Kommission für 2015 zwar mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent für die gesamte EU und von 1,5 Prozent für die Länder des Euro-Währungsgebietes. Aber von dieser Entwicklung kann die Mehrheit der Bevölkerung nicht profitieren. Das niedrige und fragile Wachstum ist nicht getragen durch eine hohe Investitionsdynamik, steigende Binnen- nachfrage und steigende Masseneinkommen, sondern durch Sondereffekte wie einem niedrigen Ölpreis oder einem relativ schwachen Wechselkurs des Euro. Letzteres bewirkt zusammen mit dem Lohn- und Sozialdumping nach dem Vorbild der deutschen Agenda 2010 lediglich die Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten der Handelspartner außerhalb des Euroraums. Eine solche Exportstrategie führt zu Handelsungleichgewichten und ist nicht nachhaltig.

Die private und öffentliche Investitionstätigkeit in der EU liegt immer noch deutlich unter dem Niveau von 2008. Die ausgeprägte Investitionsschwäche ist eine Folge der neoliberalen Politik in der EU, die demokratiefeindlich und autoritär durchgesetzt wird. Beispiele dafür sind die Regime der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), in den „Krisenländern“ oder auch der für alle Länder geltende Fiskalpakt, der als europäische „Schuldenbremse“ die Haushaltssouveränität der Länder einschränkt. Durch Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen, sowie die Drosselung öffentlicher Investitionen werden so die Absatzerwartungen der Unternehmen reduziert, die in der Folge ihre Investitionspläne nach unten korrigieren.

In der Folge dieser neoliberalen Politik ist inzwischen eine gigantische Investitionslücke entstanden, die den Lebensstandard der Menschen in der Eurozone beeinträchtigt. Bereits zwischen 1999 und 2007 wurden in der Eurozone im Vergleich zum OECD-Durchschnitt der Länder außerhalb der Eurozone 7,5 Billionen Euro weniger investiert. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise ist diese Lücke noch größer geworden, denn

seit 2007 sind die Investitionen in Europa noch einmal Jahr für Jahr gesunken und liegen um 15 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Derzeit verhandeln auf europäischer Ebene Rat, Europäisches Parlament (EP) und EU-Kommission im sogenannten Trilog über die „Investitionsinitiative für Europa“ und die Ausgestaltung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Dieser geht auf eine Initiative von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aus dem Sommer 2014 („Juncker-Plan“) zurück. Grundlage der gegenwärtigen Verhandlungen im Trilog ist der von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsentwurf für die Einrichtung des EFSI (KOM(2015) 10 endg.) und der hierüber am 10. März 2015 erzielte Kompromiss im Rat. Damit der EFSI fristgemäß eingerichtet werden kann, sind eine Einigung im Trilog – das heißt zwischen EP, Rat und Kommission – sowie die Abstimmung im EP noch vor der Sommerpause notwendig.

Die mit dem EFSI vorgesehene Mobilisierung von privatem Kapital durch eine Risikoübernahme der öffentlichen Hand liegt in der Logik der von neoliberaler Ideologie geprägten Politik. Die „Investitionsoffensive“ ist ausdrücklich in einen „Dreiklang strategischer Ziele“ eingebettet, der die falsche Krisenpolitik in wesentlichen Elementen fortschreibt: Die Maßnahmen (primär) privater Investitionsförderung sollen explizit im Rahmen fortgesetzter „Haushaltskonsolidierung“ (das heißt Kürzungspolitik) und marktradikaler, allein auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteter Strukturreformen umgesetzt werden.

Privates Kapital soll nach dem „Juncker-Plan“ gewinnbringend in verschiedenen Bereichen wie Infrastruktur, Bildung und Forschung, europäische Strom-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze investiert werden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden die Profite für das private Kapital über Gebühren bezahlen. Ein ähnliches Modell hat eine vom Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ins Leben gerufene Kommission für Deutschland vorgeschlagen.

Bei der Auswahl der Investitionsprojekte des EFSI soll die Rentabilität im Vordergrund stehen. Dagegen sollen ausdrücklich keine sektorspezifischen oder regionalen Argumente berücksichtigt werden. Damit ist keine gezielte und bedarfsorientierte Investitionspolitik zur Stärkung strukturschwacher Regionen oder ein sozial-ökologischer Umbau möglich.

Von diesen strukturellen Fehlern abgesehen ist es vollkommen unglaublich, dass, wie in der „Investitionsinitiative für Europa“ vorgesehen, mit den geplanten Mitteln für den EFSI in Höhe von 21 Mrd. Euro das 15-fache Volumen von 315 Mrd. Euro an Investitionen erreicht werden kann. Und selbst wenn, wäre dieser Betrag im Verhältnis zur bestehenden Investitionslücke in der Eurozone von weit über 7.500 Mrd. Euro viel zu klein.

Aus all diesen Gründen kann der „Juncker-Plan“ an den Ursachen der schwachen Investitionstätigkeit in der EU nichts ändern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass

1. der Vorschlag für einen „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“, der eine konzeptionslose Mobilisierung privaten Kapitals nach dem Vorbild der zu Recht kritisierten PPP-Modelle vorsieht, zurückgezogen und durch ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von jährlich 500 Milliarden Euro ersetzt wird, das durch Kredite der EZB und höhere Steuern zu Lasten von Konzernen und Superreichen finanziert wird, ohne die Mehrheit der Bevölkerung zu belasten und die Schuldenragfähigkeit der staatlichen Haushalte zu verschlechtern;

2. die jahrelange Phase der wachstumshemmenden und unsozialen Strangulierung der Binnennachfrage, die in Europa nach dem Vorbild der deutschen Agenda-2010-Politik und mit undemokratischen Regelwerken wie dem Fiskalpakt oder den Troika-Programmen durchgesetzt wurde, beendet wird und durch eine solidarische, den Wohlstand der großen Mehrheit steigernde und den sozial-ökologischen Umbau gestaltende Politik abgelöst wird.

Berlin, den 19. Mai 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

